

# Der sächsische Erzähler,

## Zeigeblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Ercheidet jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist einschließl. der Mittwoche und Sonnabende erscheinend. "Sächsisches Heilage" bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei einem Postanhalten 1. 50 J. inklusive Postgebühren. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisl. 6587.

#### Fernsprechkarte Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

#### Dreihundsechzigster Jahrgang.

Interate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größtem und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltige Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingehender Manuskripte usw. keine Gewähr.

### Welche Arten von Steuern verdienen wirtschaftlich den Vorzug?

Der Große Streit um die Finanzreform in Deutschland dreht sich im Grunde genommen nur noch darum, daß im Reichstage alle Steuervorschläge scharf geprüft, bez. abgelehnt und dann solche herausgefunden werden, die wirtschaftlich am wenigsten nachteilig sind, und da verdient hervorgehoben zu werden, daß der Professor der Staatswissenschaften, Dr. Julius Wolff in Breslau, in einer wissenschaftlichen Arbeit nachgewiesen hat, daß eine Reichserbschaftsteuer wirtschaftlich das deutsche Volk am wenigsten belastet. Dies geht schon daraus hervor, daß alle Menschen, die eine Erbschaft machen, allen den Witmenschen, die nicht erben, wirtschaftlich außerordentlich überlegen seien. Wir glauben, daß kein vernünftiger Mensch dieses Argument des Professors Wolff bezeichnen kann, und deshalb sollte die Regierung und der Reichstag in der Einführung einer verhältnißmäßig noch der Größe der Erbschaften gestuften Erbschaftsteuer, ein Hauptmittel für die Finanzreform sehen. Diese Steuer ist in Deutschland von der Einkommensteuer, weil diese Steuern die Betriebskosten der Geschäfte verteuern, was wirtschaftlich als unvernünftig bezeichnet und scharf bekämpft werden muß. Auf Grund von Beobachtungen in Frankreich und England ist die Verteilung der direkten und indirekten Steuern in Deutschland folgende: In Frankreich 100, in Großbritannien 71 Mark indirekte Steuern. Die sogenannte Steuerungerechtigkeit ist in Deutschland in sehr viel weitergehendem Maße verbreitet als bisher angenommen wurde. In der französischen Republik sind die nichterwerbenden verhältnißmäßig doppelt so stark zur Steuer genommen wie bei uns und auch Großbritannien weist nur ein um ein Viertel günstigeres Verhältnis auf, das zu dem durch die verlebene Wohlstandsverteilung, die mehr Raum für direkte Steuern läßt, anzuschließen wird. Dazu kommt, daß die ärmste Klasse der Steuern in Frankreich um 134 Proz., in England um 70 Prozent höher ist als in Deutschland. Das letzte Wort der Wissenschaft und der Wissenschaft auf Grund des Materials, über das wir heute verfügen, ist also, daß wir sozial auch hier an der Spitze marschieren. Der Kopf in Frankreich trägt nur 63 J., der in England fast um 96,1 Prozent mehr Steuern als bei uns. Bei den indirekten Steuern unterscheidet der Verfasser solche, die den Konsumtions- und solche, die den Produktionskosten treffen. Es ist klar, daß Steuern, welche die wirtschaftliche Produktion erschweren, nicht eingeführt oder doch nicht wesentlich gehindert werden dürfen.

### Deutsches Reich.

Ueber Kaiserreisen im Frühjahr steht noch nichts fest. Ganz ausgeschlossen ist, daß der Kaiser wieder nach Korea geht. Bereits im Dezember fand in Tokio fest, daß 1909 die Kaiserreise aufgegeben werden solle. Als möglich wird angenommen, daß, wenn der Frühling näher gekommen ist, und das Befinden nicht gut ist, der Kaiser sich vielleicht nach Wiesbaden oder Somburg begeben wird.

Der Kaiser soll ein obermaliges Entlassungsgeheimnis des preussischen Kultusministers Dr. Holle

wiederum abschlägig beschieden haben. Trotzdem gilt indessen der Rücktritt des Herrn Dr. Holle von seinem jetzigen Posten als im Prinzip entschieden.

Der Monismus wurde vom preussischen Landtage am Sonnabend in den Kreis seiner Verhandlungen gezogen, indem der Zentrumsgesandte Graf Spee bemerkte: „Aus den Zeitungen ist bekannt geworden, daß beim letzten Kaisersgeburtstage ein königlich preussischer Hochschullehrer (Prof. Plate) in einer Festsrede für den Monismus und die Trennung von Kirche und Staat plädiert hat und insbesondere gegen eine politische Partei ins Feld gezogen ist. Ich bitte den Minister dafür Sorge zu tragen, daß es nicht wieder vorkommt, daß ein königlich preussischer Hochschullehrer unter solchen Umständen eine solche Rede hält.“ Als bald warf sich die Sozialdemokratie zur Schutzherrin des Monismus auf, indem Abg. Hoffmann (der Lehngelobte-Hoffmann) dazwischen rief: Der muß geverteilt werden! Nachdem der freisinnige Abg. Fräger-Hagen sich in ähnlicher Weise für Plate verhandelt, erklärte der konservative Abg. Kretsch, daß seine Partei den Ausführungen des Grafen Spee durchaus beistimme, worauf der Landwirtschaftsminister von Arnim bemerkte: Ich darf dem Herrn Grafen Spee erwidern, daß ich das Auftreten des Herrn Professors Plate, besonders bei dieser Gelegenheit, nicht billigen kann. — In der Tat dürfte die Festsrede am Geburtstag eines Herrschers, der sich allezeit freudig zu den Grundtugenden des christlichen Glaubens bekannt hat, am wenigsten geeignet sein, für eine Weltanschauung Propaganda zu machen, die bei allem Ernst ihrer Lebensauffassung weder für einen Heiland noch einen Vater-Gott Raum läßt.

In dem Prozeß gegen den Kapitän z. S. Berger und seinen Mitangeklagten Dr. Ilgenstein vor dem Landgericht Berlin II. wegen Beleidigung des Marinestaatssekretärs v. Tirpitz und mehrerer Admirale beantragte der Staatsanwalt Dr. Hagemann im Laufe der Montagverhandlung 9 Monate Gefängnis gegen Berger und 1 Jahr 3 Monate Gefängnis gegen Dr. Ilgenstein; nach einem Schlussworte des Justizrates Dr. Sello trat Vertagung auf Dienstag ein.

Zu der Dienstag-Verhandlung in dem Prozeß des Kapitän a. D. Berger war der Angeklagte Dr. Ilgenstein nicht erschienen. Er ist seit Montag aus seiner Wohnung in Berlin verschwunden und bisher nicht aufzufinden gewesen. Der Prozeß, in dem es sich um Beleidigungen von Admiralen handelt, hat am 15. Februar begonnen.

Dem vom Präsidenten Roosevelt angeregten Vorschlag einer Weltkonferenz im Haag zur Erörterung von Maßnahmen behufs besseren Schutzes der natürlichen Schätze der Erde steht man in den maßgebenden preussischen Regierungskreisen ziemlich kühl gegenüber. Man weist hier u. a. darauf hin, daß Preußen infolge seiner rationalen Wirtschaftsmethode keines besonderen Schutzes für seine Bodenschätze bedürfe, im Gegensatz z. B. zu Amerika.

Im Zirkus Busch fand am vergangenen Montag die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte unter sehr starker Beteiligung seiner Mitglieder aus allen Ecken des Reiches statt; die Zahl der Teilnehmer wurde auf mehr als 7000 geschätzt. Der Bundespräsident, Reichstagsabgeordneter v. Wangenheim, eröffnete die Versammlung mit einer lampesfrohen gestimmten Begrüßungsansprache. Als weitere

Redner traten u. a. die Reichstagsabgeordneten Dr. Köfide, Dr. Jahn und v. Oldenburg, der ehemalige Landwirtschaftsminister v. Bobbielski, Rittergutsbesitzer aus dem Winkel, Schriftsteller Dertel usw. auf; sie alle legten sich mehr oder weniger für die bekannten Forderungen des Bundes der Landwirte ins Zeug. Die schwebende Reichsfinanzreform wurde in der Debatte öfters erwähnt, wobei sich die Redner durchaus gegen die Nachlasssteuer erklärten. Die rednerischen Kundgebungen wiesen meistens eine leichte oppositionelle Färbung gegenüber der Regierung und speziell gegenüber dem Reichskanzler Fürsten Bülow auf, wie namentlich die Reden Dr. Jahn und v. Bobbielskis, die denn auch in der Versammlung offenbar besonders wirkten. An den Kaiser hatte die Versammlung bald nach ihrem Beginn einen telegraphischen Glückwunschsgruß abgehandelt, worauf kurz vor Schluß der Versammlung der telegraphische Dank des Monarchen eintraf.

Der Landtag des Herzogtums Anhalt wurde letzten Montag im Dessauer Residenzschloß vom Herzog mit einer Thronrede eröffnet. Ferner trat am Montag in Detmold der neugewählte lippsische Landtag zusammen.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Bei dem 1. Bataillon des 21. Infanterieregiments in Fürth sind am 18. Februar ein Unteroffizier und 19 Mann wegen Darmkatarrhs dem Lazarett überwiesen worden. Von ihnen fielen sich am 20. Februar bereits 13 Mann wieder vollständig wohl. Nur ein Mann hatte erhöhte Körpertemperatur. Am 22. Februar gingen noch 4 Mann wegen der gleichen Erkrankung dem Lazarett zu. Nach dem Ergebnis der bakteriologischen Untersuchung handelt es sich um leichte Ruhr. Die Erhebungen über die Ursache sind noch im Gange. Die erforderlichen Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Krankheit sind getroffen.

Wegen Schneeverwehungen ist bis auf weiteres der Güterverkehr auf den Strecken der russischen Südwestbahnen Schmerinka—Odessa, Kasatin—Kastow—Kiew, Birula—Snamenska und nach den weitergelegenen Stationen, sowie nach den südlichen Zufuhrbahnen gesperrt. Eilgut und leichtverderbliche Güter können angenommen werden.

### Schweiz.

Vor der mechanischen Tischlerei Nischbacher in Zürich, deren Arbeiter seit Wochen ausständig sind, fanden am Montag heftige Zusammenstöße statt, weil der Fabrikbesitzer 30 arbeitswillige Tischler, namentlich aus Berlin, hatte kommen lassen. Die Polizei schützte die Fremden vor den wütenden Ausständigen mit blanker Waffe und verhaftete etwa 20 Personen. Es droht infolgedessen ein allgemeiner Holzarbeiterausstand.

### Oesterreich-Ungarn.

Die österreichische Regierung tritt durch eine Erklärung den beunruhigenden Meldungen entgegen, welche am Montag von Wiener Blättern über die angeblich äußerst kritische zugespitzte Lage zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien verbreitet waren. Das Regierungskommuniqué bezeichnet die ausgetauchten Gerüchte, denen zufolge der Krieg unvermeidlich geworden sein sollte, als unbegründet und verächtlich. Oesterreich-Ungarn wolle trotz des unverkennbaren Ernstes der Situation nicht von seiner bisherigen friedlichen Balkanpolitik abweichen. Jedenfalls wird in Wiener diplomatischen Kreisen die Situation trotz der fort-